

An
SRG Deutschschweiz
Geschäftsstelle
Fernsehstrasse 1-4
8052 Zürich

**Beschwerde an die Ombudsstelle der SRG Deutschschweiz betreffend den Beitrag
„Künstler gegen Israel – Welche Ziele verfolgt die Boykottorganisation BDS?“ vom
29.11.2017 von Iren Grüter im Gespräch mit Judith Wipfler
wegen Missachtung des Gebots der Transparenz und des Gebots der Sachgerechtigkeit**

Basel, Bern, 18. Dezember 2017

In der Sendung Kultur Kompakt vom 29.11.2017, deren Abschrift wir dieser Beschwerde beilegen (*Anhang 1*), geht Judith Wipfler in unzutreffender und grob verleumderischer Weise auf die internationale BDS-Kampagne, deren Inhalte und Forderungen ein.

Die von der palästinensischen Zivilgesellschaft 2005 lancierte Kampagne für „Boycott, Desinvestition und Sanktionen gegen Israel, bis dieses dem Völkerrecht nachkommt und die universellen Menschenrechte einhält“ (BDS) (*Anhang 2*) verfügt über eine öffentlich zugängliche Website (www.bdsmovement.net), auf der alle relevanten Informationen wie Ziele, Forderungen und offiziellen Statements publiziert sind. Viele der offiziellen Stellungnahmen sind auch in deutscher Übersetzung zugänglich (www.bds-info.ch). Diese Information wird von Judith Wipfler völlig ignoriert. Eine Reihe der in der Sendung gemachten Aussagen stehen in eklatantem Widerspruch zum Charakter und den Zielen der BDS-Bewegung, wovon sich die Journalistin einfach überzeugen hätte können, wenn sie die Quellen überprüft hätte.

Konkret beanstanden wir insbesondere:

**1) Missachtung des Transparenzgebots gemäss Art. 4 Abs. 2 des Bundesgesetzes über
Radio und Fernsehen (RTVG)**

Art. 4 Abs. 2 RTVG besagt in den Mindestanforderungen an den Programminhalt von Radio und Fernsehen: „Ansichten und Kommentare müssen als solche erkennbar sein.“ Auch Richtlinie 2.3 der „Erklärung der Pflichten und Rechte der Journalistinnen und Journalisten“ der Stiftung Schweizer Presserat besagt: „Journalistinnen und Journalisten achten darauf, dass das Publikum zwischen Fakten und kommentierenden, kritisierenden Einschätzungen unterscheiden kann.“

BDS Schweiz, Postfach 4070, 4002 Basel

In der Sendung interviewt SRF-Redaktorin Iren Grüter Judith Wipfler, die als Religionsredaktorin präsentiert wird und in der Funktion als Teamleiterin für die Fachredaktion Religion Radio bei SRF tätig ist.

Ihre Funktion als Redaktionsverantwortliche verleiht Judith Wipfler eine Autorität, die nicht erkennbar macht, dass es sich bei den folgenden Aussagen um völlig subjektive persönliche Meinungen handelt, die nicht belegt und mehrfach falsch sind. Für Hörerinnen und Hörer ist damit eine Unterscheidung zwischen faktischer Information und subjektiver Meinung nicht gegeben.

2) Missachtung des Sachgerechtigkeitsgebots gemäss Art. 4 Abs. 2 des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (RTVG)

Art. 4 Abs. 2 RTVG in den Mindestanforderungen an den Programminhalt von Radio und Fernsehen besagt: „Redaktionelle Sendungen mit Informationsgehalt müssen Tatsachen und Ereignisse sachgerecht darstellen, so dass sich das Publikum eine eigene Meinung bilden kann.“

Auch Art. 3 der „Erklärung der Pflichten der Journalistinnen und Journalisten“ der Stiftung Schweizer Presserat besagt: Journalistinnen und Journalisten „unterschlagen keine wichtigen Elemente von Informationen und entstellen weder Tatsachen [...] noch von anderen geäusserte Meinungen. Sie bezeichnen unbestätigte Meldungen [...] ausdrücklich als solche“.

Die „Richtlinien zur ‚Erklärung der Pflichten der Journalistinnen und Journalisten‘“, führen in Punkt 1.1. weiter aus: „Wahrheitssuche: Die Wahrheitssuche stellt den Ausgangspunkt der Informationstätigkeit dar. Sie setzt die Beachtung verfügbarer und zugänglicher Daten, die Achtung der Integrität von Dokumenten (Text, Ton und Bild), die Überprüfung und die allfällige Berichtigung voraus.“

Diese Anforderungen an Sachgerechtigkeit missachtet Judith Wipfler in gravierender Weise. Sie klammert in ihrer Darstellung die relevanten, öffentlich zugänglichen Informationen der BDS-Bewegung komplett aus. Sie hat keine VertreterInnen der BDS-Bewegung kontaktiert, um weitere Informationen einzuholen. Und sie unterstellt der BDS-Bewegung Absichten, Ziele und Aussagen, die nicht den Fakten entsprechen.

2.1) Vorwurf des Antisemitismus, Vorwurf der Verneinung des Existenzrechts des Staates Israel

15:49 min „*Da muss man eben dann schon fragen: Geht's dem BDS nun wirklich um eine Verbesserung für die Palästinenser, für deren Leben, oder doch vor allem da drum, Israel zu schaden?*“

16:12 min „*Also die Idee von so einem Komplett-Boycott ist klar antisemitisch, das sagt nichts anderes als ‚Kauft nicht bei Juden‘, also das hatten wir schon mal in der Geschichte. Auch wenn so das Existenzrecht Israels im Grunde angezweifelt, infrage gestellt wird, sogar zur Vernichtung des Staates aufgerufen wird, kann ich das nicht anders als antisemitisch nennen.*“

17:19 min „*Und diese Boycott-Rhetorik [...] missbraucht so unsere Sorgen um die Menschenrechte in Israel, missbraucht sie, um dann Israel wie so die Schuld am Ganzen zu geben. Also Israel ist dann an allem schuld, die Juden sind wieder an allem schuld, und wenn man quasi Israel zu den Juden unter den Völkern macht, ist die Lösung nahe, wenn der weg ist, ist alles gut – und das ist eben Antisemitismus.*“

BDS Schweiz, Postfach 4070, 4002 Basel

17:55 min „... 2012 ist es so geschehen, da hat ein wohlmeinendes reformiertes Schweizer Hilfswerk sich in einer peinlichen Allianz wiedergefunden mit Antisemiten.“

BDS ist eine von der palästinensischen Zivilgesellschaft selbst begründete und nicht willkürlich von Aussenstehenden aufgepfropfte Bewegung, um auf gewaltfreiem Weg die völkerrechtlich verankerten Grundrechte der PalästinenserInnen durchzusetzen. BDS fordert vom bestehenden Staat Israel eine Änderung seiner Politik in drei klar abgegrenzten, völkerrechtlich abgestützten Forderungen: Beendigung der Diskriminierung der palästinensischen BürgerInnen in Israel, Beendigung der Besatzung (Besetztes Palästinensisches Gebiet und besetzte Golanhöhen) und Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge (gemäss UN-Res. 194). BDS fordert also von Israel, dass es sich völkerrechtskonform verhält. Die entsprechenden Aussagen sind anhand des BDS-Aufrufs aus dem Jahr 2005 (*Anhang 2*) und anderer offizieller Stellungnahmen der palästinensischen BDSKampagne, die auf der Website www.bdsmovement.net veröffentlicht sind, überprüfbar.

Boykottaufrufe seitens zivilgesellschaftlicher Initiativen sind ein akzeptiertes Mittel des politischen Drucks und eine Form des in internationalen Menschenrechtskonventionen verankerten Rechts auf freie Meinungsäusserung. In einer Stellungnahme bekräftigen mehr als 200 VölkerrechtsexpertInnen, dass BDS eine rechtmässige Ausübung der Meinungsfreiheit darstellt, und fordern europäische Staaten auf dieser Grundlage auf, die BDS-Bewegung zu respektieren ([Legal Statement](#)). Sowohl die EU ([EU-Statement](#)) als auch die Regierungen der Niederlande, Irlands, Spaniens und Schwedens haben öffentlich bestätigt, dass die Durchführung von gewaltfreien BDS- Kampagnen unter das Recht auf Meinungsfreiheit ihrer BürgerInnen fällt.

Boykottiert werden staatliche und staatlich finanzierte Institutionen, Veranstaltungen etc. sowie israelische und internationale Firmen, die sich an Menschen- und Völkerrechtsverletzungen beteiligen. Der Boykott richtet sich explizit nicht gegen Einzelpersonen wie KünstlerInnen oder AkademikerInnen, sofern sie nicht den Staat Israel oder eine mitverantwortliche israelische Institution vertreten oder an den Bemühungen Israels zur Aufwertung seines Images (Rebranding) beteiligt sind. Die Identität einer Person wie religiöse oder ethnische Zugehörigkeit spielt dabei keine Rolle (siehe [Leitlinien zum kulturellen Boykott](#)).

Die Analogie zum „Komplett-Boykott“ und der Politik der Nationalsozialisten gegenüber den Juden/Jüdinnen ist grob diffamierend und sachlich nicht haltbar.

Was die Infragestellung des „*Existenzrechts Israels*“ und des behaupteten Aufrufs zur „*Vernichtung des Staates*“ betrifft, gilt festzuhalten, dass gemäss Völkerrecht die Existenz eines Staates auf der Anerkennung durch andere Staaten beruht, die auch ein Recht haben, sich gegen die Aggression eines anderen Staates zu verteidigen. Beide Aspekte sind irrelevant für die Beurteilung von BDS, das eine zivilgesellschaftliche Bewegung ist und sich strikt auf gewaltfreie Mittel stützt, um den israelischen Staat dazu zu bewegen, seine von der UNO und der Staatengemeinschaft ausgiebig dokumentierten Völker- und Menschenrechtsverletzungen zu beenden und die völkerrechtlich anerkannten Grundrechte der PalästinenserInnen zu respektieren. Mit einer wie immer gearteten Vernichtungsrhetorik hat dies nichts zu tun.

BDS benennt präzise, für welche Menschen- und Völkerrechtsverletzungen Israel gemäss internationalem Rechtsverständnis die Verantwortung trägt, und äussert sich nicht zur Verantwortung von wem auch immer für andere gesellschaftliche oder politische Probleme.

Was die Aussage „... wenn man quasi Israel zu den Juden unter den Völkern macht ...“ bedeuten soll, ist uns unklar. Tatsächlich definiert sich Israel politisch und in seiner Gesetzgebung als „Staat des jüdischen Volkes“. Diese Definition ist in zweierlei Hinsicht problematisch: Einerseits, weil es eine ethnisch-religiöse Definition für einen Staat ist, der dabei jüdische BürgerInnen anderer Staaten mit einschliesst und die palästinensischen StaatsbürgerInnen ausschliesst. Andererseits, weil viele Juden/Jüdinnen in der Welt es ablehnen, von Israel vertreten zu werden. Zugleich widersprechen diese Gesetze und das Verständnis von Israel als „jüdischem Kollektiv“ dem völkerrechtlichen Status und den Verpflichtungen von Israel als Staat.

Faktisch fordert BDS eine Beendigung der Diskriminierung der palästinensischen StaatsbürgerInnen in Israel. Dagegen äussert sich BDS nirgends in der zitierten Weise („Israel zu den Juden unter den Völkern“) und legt auch nirgendwo die von Judith Wipfler daran anschliessend unterstellte Schlussfolgerung nahe, dass eine oder „die Lösung nahe“ wäre, wenn „Israel weg wäre“.

Obwohl es keine internationale Definition von Antisemitismus gibt, ist anerkannt, dass es sich dabei um eine Form von Rassismus und Rassendiskriminierung gegen jüdische Personen (nicht einen Staat) im Sinne der entsprechenden internationalen Konvention (ICERD) handelt. Die BDS-Bewegung verurteilt jede Form von ethnisch-religiös definierter Diskriminierung, inklusive Antisemitismus (*BNC-Statement Anhang 3*). BDS-Kampagnen richten sich niemals gegen israelische Staatsangehörige oder andere Personen aufgrund ihrer jüdischen oder israelischen Identität. Bei BDS geht es ausschliesslich um die Politik des Staates Israel und die damit verbundenen schwerwiegenden Verletzungen des humanitären Völkerrechts sowie um universale Menschenrechte, die auch für PalästinenserInnen gelten.

Dass der BDS-Bewegung von Israel und israelfreundlichen Kreisen Antisemitismus vorgeworfen wird, ist eine Tatsache. Israel hat seit einigen Jahren ein deklariertes politisches Interesse daran, BDS zu bekämpfen (siehe z.B. <https://www.ynetnews.com/articles/0.7340.L-4665676.00.html>, <https://www.haaretz.com/israel-news/1.818938>) und mit Antisemitismus und Terrorismus in Verbindung zu bringen (siehe z.B. <https://electronicintifada.net/blogs/benwhite/new-israeli-plan-calls-more-intelligence-gathering-disrupt-bds-movement> und <http://www.middleeasteye.net/columns/disingenuous-and-dangerous-israel-attacks-bdsantisemitic-1126163414>). Auch Redaktorin Iren Grüter versäumt es in ihrer Frage nach der Berechtigung von Antisemitismusvorwürfen gegen die BDS-Bewegung (min 16:05 „... denn Kritiker werfen der BDS-Bewegung Antisemitismus vor“), zu benennen, von welcher Seite diese Vorwürfe erhoben werden. Für Hörerinnen und Hörer ist es nicht möglich, die Glaubwürdigkeit dieser Vorwürfe zu beurteilen. Dem Gebot von Transparenz und Sachgerechtigkeit würde entsprechen, die Quellen des Antisemitismusvorwurfs zu benennen und auf ihre Glaubwürdigkeit zu prüfen.

Fazit:

Der schwerwiegende Vorwurf, BDS sei antisemitisch und rufe zur Vernichtung von Israel auf, den Judith Wipfler gegen BDS erhebt, hat mit dem Charakter und den Zielen der Bewegung nichts zu tun – genauso wie die internationale Boykottkampagne gegen die Apartheid in Südafrika nichts mit Rassismus gegen Weisse oder mit der Absicht zur Vernichtung/Zerstörung des Staates Südafrika zu tun hatte.

2.2) Behauptung, BDS wird offiziell von Staaten unterstützt; Behauptung, BDS wird von Terrorgruppen unterstützt, die Israel vernichten wollen

14:04 min *„Einige arabische Länder wie auch der Iran unterstützen den BDS ganz offiziell.“*

17:08 min *„Aber eben mehrheitlich würde ich sagen, ist dieser BDS nicht so edel, ja. Also da sind auch Staaten und auch Terrorgruppen wie die Hisbollah dabei, die Israel vernichten wollen und das auch so sagen.“*

Die Aussage ist falsch. Der BDS-Aufruf (*Anhang 2*) und die offizielle Website der BDSBewegung (www.bdsmovement.net) zeigen die Unterstützungsbasis für BDS.

BDS ist eine zivilgesellschaftliche Bewegung. Sie verfolgt ihr Ziel (die Einhaltung des Völkerrechts und der palästinensischen Menschenrechte durch den Staat Israel) mittels strikt gewaltfreien BDS-Kampagnen. Daraus folgt, dass a) Staaten niemals Teil der organisatorischen Strukturen der Bewegung sein können, und b) Organisationen oder Staaten, die das Völkerrecht oder die Menschenrechte missachten und/oder verbotene Formen von Gewalt einsetzen, niemals Bündnispartner oder Unterstützer der BDS-Bewegung sein können, selbst wenn sie den Staat Israel boykottieren.

2.3) Weitere unsachliche Behauptungen

17:55 min *„2012 ist es so geschehen, da hat ein wohlmeinendes reformiertes Schweizer Hilfswerk sich in einer peinlichen Allianz wiedergefunden mit Antisemiten. Dabei hatte dieses Hilfswerk nur ein einziges israelisches Unternehmen boykottieren wollen, das da eben in der Westbank produzierte, unter nicht ganz geklärten menschenrechtlichen Bedingungen, aber am Schluss der Aktion verloren dann mehrere hundert palästinensische Familien ihre Arbeit, ihren Lohn und Brot, weil die Fabrik dann dicht machte und nach Australien ging.“*

Die Sachinformation in Bezug auf das Unternehmen, das vermutlich gemeint ist (Sodastream), ist falsch und tendenziös. Die Firma hat ihren Sitz nach Israel (und nicht nach Australien) verlegt. Es ist die diskriminierende israelische Gesetzgebung, die den palästinensischen Arbeitskräften, die zuvor in der Industriezone Mishor Adumim im besetzten Westjordanland für Sodastream tätig waren, ihre Stelle gekostet hat, weil Israel den ArbeiterInnen in Israel keine Arbeitsbewilligungen erteilt hat. Die Illegalität der israelischen Siedlungstätigkeit inkl. Industriezonen in den besetzten Gebieten als „nicht ganz geklärt“ zu bezeichnen, kommt einer groben Verharmlosung gleich. In Art. 49 der Vierten Genfer Konvention über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten heisst es klar: „Die Besetzungsmacht darf nicht Teile ihrer eigenen Zivilbevölkerung in das von ihr besetzte Gebiet deportieren oder umsiedeln.“ Die Anwendbarkeit dieser Konvention auf das besetzte palästinensische Gebiet ist in der internationalen Staatengemeinschaft allgemein anerkannt und entspricht auch der offiziellen Haltung der Schweiz zum Konflikt im Nahen Osten ([Haltung EDA](#)).

Anhänge

- 1) Abschrift Sendung
- 2) BDS-Aufruf
- 3) BDS-Statement zu Rassismus (auf Englisch)

BDS Schweiz, Postfach 4070, 4002 Basel

Anhang 1. Abschrift der Sendung

SRF 2 Kultur

29.11.2017 Sendung Kultur Kompakt,

Künstler gegen Israel – Welche Ziele verfolgt die Boykottorganisation BDS?

<https://www.srf.ch/sendungen/kultur-kompakt/der-kanton-aargau-spart-bei-der-kultur>

Ab 13:15 min.

Gleich mehrere deutsche TV- und Radiosender kündigen die Zusammenarbeit mit Roger Waters, denn der frühere Pink-Floyd- Sänger beteiligt sich aktiv am internationalen Israel-Boykott und er stellte auch mehrfach das Existenzrecht Israels in Frage. Israel-Boykott hat viele Facetten: Eine globale Boykott-Bewegung firmiert unter der Abkürzung BDS, das steht für Boykott, Desinvestment und Sanktionen.

Iren Grüter hat mit Religionsredaktorin Judith Wipfler über die Bewegung gesprochen.

Wer ist denn Teil dieser Bewegung?

Das ist eine recht heterogene Bewegung, weltweit verzweigt, etwas lose. Sie nennen sich pro-palästinensisch, sie sind oft im linken antikapitalistischen Lager auch anzutreffen. Einige arabische Länder, wie auch der Iran unterstützen den BDS ganz offiziell, aber es gibt auch christliche und sogar jüdische Unterstützer, die für den Boykott Israels sind.

Roger Waters kommt aus dem Kulturbereich, wenn man so will. Ist das ein Bereich, auf den diese Boykott-Aufrufe des BDS oft abzielen.

Ja, davon lese ich eigentlich regelmässig. Es kann eigentlich kaum ein Musiker in Israel auftreten, ohne sich dafür in den Social Media oder sonstwo rechtfertigen zu müssen. Sobald eine Band den Tourneeplan für Israel bekannt gibt, ziehen da Shitstorms auf gegen diese Künstler. Und gut organisiert ist dieser Israel-Boykott auch im akademischen Bereich. Also ich nenne nur ein Beispiel aus Grossbritannien, das war 2015, da haben sich ganze 300 Professorinnen und Professoren den BDS-Forderungen nach Israel-Boykott angeschlossen, und so was gibts eben auch weltweit an anderen Unis.

Was boykottieren diese Akademiker genau? Wen trifft das?

Na Sie wissen, ohne globalen Austausch kann man Wissenschaft ja heute gar nicht mehr betreiben. Und so was trifft dann Israel als Hightech-Forschungsstandort natürlich besonders hart. Nun ist es aber ausgerechnet so, dass grad die Uni-Dozentinnen und -Dozenten eher links sind, also Anti-Netanyahu, Anti-Siedlungspolitik sind und für den Friedensprozess. Und das heisst, genau dieser akademische Boykott trifft genau die falschen Israelis. Genauso ist es in der Kunst, also der Tanz oder der Film in Israel ist sehr links, ist sehr kritisch und für Menschenrechte und setzt sich für die Palästinenser ein und ist gegen den Siedlungsbau. Und genau denen schadet eben auch so ein anti-israelischer Boykott, wie ihn diese BDS-Bewegung da fordert. Da muss man eben dann schon fragen: Geht's dem BDS nun wirklich um eine Verbesserung für die Palästinenser, für deren Leben oder doch vor allem da drum, Israel zu schaden?

Eine ziemlich heikle Frage in diesem Zusammenhang ist ja, wann ist Israel-Kritik antisemitisch, denn Kritiker werfen der BDS-Bewegung Antisemitismus vor. Halten Sie diese Boykott-Bewegung gegen Israel für antisemitisch, Judith Wipfler?

Also die Idee von so einem Komplet-Boykott ist klar antisemitisch, das sagt nichts anderes als "Kauft nicht bei Juden" , also, das hatte wir schon mal in der Geschichte. Auch wenn so

BDS Schweiz, Postfach 4070, 4002 Basel

das Existenzrecht Israels im Grunde angezweifelt, in Frage gestellt wird, sogar zur Vernichtung des Staates aufgerufen wird, kann ich das nicht anders als antisemitisch nennen. Aber ich meine jetzt damit nicht, dass alle, die jetzt da eine Aktion von BDS z.B. unterstützen, gleich alle Antisemiten wären. Also, ich denke, die meisten, die da etwas unterschreiben oder für was spenden, die treibt jetzt nicht Judenhass an, sondern vielmehr ihre Empathie mit den Palästinensern.

Wenn nun aber Menschen, also Konsumentinnen oder Konsumenten versuchen, durch ihren Kaufentscheid etwas zum Guten für Palästinenser zu bewirken, wenn sie nichts von nationalistischen jüdischen Siedlern von der Westbank kaufen wollen, dann könnte man das ja auch als ein berechtigtes Anliegen betrachten.

Ganz genau, ganz genau. Aber mehrheitlich würde ich sagen, ist dieser BDS nicht so edel, ja. Also da sind auch Staaten und auch Terrorgruppen wie die Hisbollah dabei, die Israel vernichten wollen und das auch so sagen. Und diese Boykott-Rhetorik, die macht sich eben die durchaus berechnete Kritik, die man an der israelischen Politik haben kann und haben muss, die macht sich die irgendwie zunutze und die missbraucht so unsere Sorgen um die Menschenrechte in Israel, missbraucht die, um dann Israel ~~wie~~ so die Schuld am Ganzen zu geben. Also Israel ist dann an allem schuld, die Juden sind wieder an allem schuld, und wenn man quasi Israel zum Juden unter den Völkern macht, ist die Lösung nahe, wenn der weg ist, ist alles gut. Und das ist eben Antisemitismus.

Ja, und so kann's dann halt zu seltsamen Allianzen kommen, zum Beispiel, auch nochmal ein Beispiel: 2012 ist das so geschehen, da hat ein wohlmeinendes reformiertes Schweizer Hilfswerk sich plötzlich in peinlicher Allianz wiedergefunden mit Antisemiten. Dabei hatte dieses Hilfswerk nur ein einziges israelisches Unternehmen boykottieren wollen, das da eben in der Westbank produzierte, also unter menschenrechtlichen nicht ganz geklärten Bedingungen. Aber am Schluss von der Aktion verloren dann mehrere hundert palästinensische Familien ihre Arbeit, ihren Lohn und Brot, weil die Fabrik dann dicht machte und nach Australien ging.

Einschätzungen zur Boykottbewegung gegen Israel von Religionsredaktorin Judith Wipfler.

Transkription: r.knutti

Anhang 2, BDS-Aufruf

Boycott, Desinvestition und Sanktionen gegen Israel, bis dieses internationalem Recht nachkommt und die universellen Menschenrechte einhält. Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft, 9. Juli 2005

Ein Jahr nach dem historischen Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes (ICJ), das den israelischen Mauerbau auf besetztem palästinensischem Gebiet für illegal erklärt, setzt Israel unter völliger Missachtung des Gerichtsbeschlusses den Bau der Kolonialmauer fort. 38 Jahre nach Beginn der israelischen Besetzung des palästinensischen Westjordanlands (einschliesslich Ostjerusalems), des Gazastreifens und der syrischen Golanhöhen setzt Israel den Ausbau jüdischer Siedlungen fort. Israel hat das besetzte Ostjerusalem und die Golanhöhen einseitig annektiert und ist derzeit dabei, durch den Mauerbau weite Teile der Westbank de facto zu annektieren. Im Rahmen des geplanten Gaza-Rückzuges bereitet Israel zudem den Neu- und Ausbau von Siedlungen im Westjordanland vor. 57 Jahre nach Gründung des Staates Israel, der mehrheitlich auf Land errichtet wurde, dessen EigentümerInnen zuvor einer ethnischen Säuberung zum Opfer fielen, sind die Palästinenser_innen in ihrer Mehrheit Flüchtlinge, die meisten von ihnen staatenlos. Darüber hinaus besteht Israels tief verankertes System der Diskriminierung der eigenen arabisch-palästinensischen Bürger_innen unvermindert fort.

Im Lichte der fortgesetzten Verletzung des Völkerrechts durch Israel;

angesichts der Tatsache, dass seit 1948 in über hundert UN-Resolutionen Israels kolonialistische und diskriminierende Politik als unrechtmässig verurteilt und unverzügliche, angemessene und effektive Gegenmassnahmen gefordert wurden;

angesichts des Scheiterns aller bisherigen Versuche, Israel durch internationale Intervention und friedensbildende Massnahmen zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts, der Achtung grundlegender Menschenrechte und der Beendigung von Besetzung und Unterdrückung des palästinensischen Volkes zu bewegen oder zu zwingen;

in Anbetracht der Tatsache, dass immer wieder in der Geschichte aufrechte Menschen aus der internationalen Gemeinschaft die moralische Verantwortung auf sich genommen haben, Unrecht zu bekämpfen, beispielsweise im Kampf für die Abschaffung der Apartheid in Südafrika durch verschiedene Formen von Boykott, Investitionsabzug und Sanktionen;

inspiriert durch den Kampf der Südafrikaner_innen gegen Apartheid und im Geist internationaler Solidarität, einer konsequenten moralischen Haltung und des Widerstands gegen Unrecht und Unterdrückung

rufen wir, Vertreter_innen der palästinensischen Zivilgesellschaft, die Organisationen der internationalen Zivilgesellschaft und aufrechte Menschen weltweit auf, einen umfassenden Boykott gegen Israel durchzusetzen und Initiativen nach dem Muster der während des Apartheidregimes gegen Südafrika verhängten Massnahmen zu ergreifen, um Investitionen aus Israel abzuziehen. Wir appellieren an sie, Druck auf ihre jeweiligen Länder auszuüben, damit sie Embargos und Sanktionen gegen Israel verhängen. Ebenso laden wir verantwortungsvolle Israelis ein, diesen Aufruf im Interesse der Gerechtigkeit und eines ernsthaften Friedens zu unterstützen.

Diese gewaltfreien Sanktionsmassnahmen sollten fortgesetzt werden, bis Israel seiner Verpflichtung nachkommt, das unveräusserliche Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung anzuerkennen, und die Bestimmungen des Völkerrechts erfüllt, indem es folgende Schritte unternimmt:

1. Beendigung der Besetzung und Kolonisation des gesamten arabischen Landes und Niederreissen der Mauer;

BDS Schweiz, Postfach 4070, 4002 Basel

2. Anerkennung der Grundrechte der arabisch-palästinensischen Bürger_innen Israels auf vollständige Gleichberechtigung; und
3. Achtung, Wahrung und Unterstützung des Rechts der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr zu ihren Wohnstätten und ihrem Besitz, wie in UN-Resolution 194 vereinbart.

Unterstützt von folgenden palästinensischen Parteien, Verbänden, Vereinen, Bündnissen und Organisationen, aus denen sich das palästinensische Volk untrennbar zusammensetzt: die palästinensischen Flüchtlinge, die Palästinenser_innen unter israelischer Besatzung und die palästinensischen Bürger_innen Israels

Verbände, Vereinigungen, Kampagnen

1. Council of National and Islamic Forces in Palestine (Koordinationsorgan der wichtigsten politischen Parteien in den besetzten palästinensischen Gebieten)
2. Palestinian Independent Commission for Citizen's Rights (PICCR)
3. Union of Arab Community Based Associations (ITTIAH), Haifa
4. Forum of Palestinian NGOs in Lebanon
5. Palestinian General Federation of Trade Unions (PGFTU)
6. General Union of Palestinian Women (GUPW)
7. General Union of Palestinian Teachers (GUPT)
8. Federation of Unions of Palestinian Universities' Professors and Employees
9. Consortium of Professional Associations
10. Union of Palestinian Medical Relief Committees (UPMRC)
11. Health Work Committees – Westbank
12. Union of Agricultural Work Committees (UAWC)
13. Union of Palestinian Agricultural Relief Committees (PARC)
14. Union of Health Work Committees – Gaza (UHWC)
15. Union of Palestinian Farmers
16. Occupied Palestine and Syrian Golan Heights Advocacy Initiative (OPGAI)
17. General Union of Disabled Palestinians
18. Palestinian Federation of Women's Action Committees (PFWAC)
19. Palestinian Campaign for the Academic and Cultural Boycott of Israel (PACBI)
20. Palestinian Grassroots Anti-Apartheid Wall Campaign
21. Union of Teachers of Private Schools
22. Union of Women's Work Committees, Tulkarem (UWWC)
23. Dentists' Association – Jerusalem Center
24. Palestinian Engineers Association
25. Lawyers' Association
26. Network for the Eradication of Illiteracy and Adult Education, Ramallah
27. Coordinating Committee of Rehabilitation Centers – Westbank
28. Coalition of Lebanese Civil Society Organizations (150 Organisationen)
29. Solidarity for Palestinian Human Rights (SPHR), Network of Student-based Canadian University

Flüchtlingsorganisationen

1. Al-Ard Committees for the Defense of the Right of Return, Syrien
2. Al-Awda Charitable Society, Beit Jala
3. Al Awda – Palestine Right-to-Return Coalition, USA
4. Al-Awda Toronto
5. Aidun Group – Libanon
6. Aidun Group – Syrien
7. Alrowwad Cultural and Theatre Training Center, Aida Flüchtlingslager

BDS Schweiz, Postfach 4070, 4002 Basel

Formatted: English (United Kingdom)

8. Association for the Defense of the Rights of the Internally Displaced (ADRID), Nazareth
9. BADIL Resource Center for Palestinian Residency and Refugee Rights, Bethlehem
10. Committee for Definite Return, Syrien
11. Committee for the Defense of Palestinian Refugee Rights, Nablus
12. Consortium of the Displaced Inhabitants of Destroyed Palestinian Villages and Towns
13. Filastinuna – Commission for the Defense of the Right of Return, Syrien
14. Handala Center, 'Azza (Beit Jibreen) Refugee Camp, Bethlehem
15. High Committee for the Defense of the Right of Return, Jordanien (einschliesslich der persönlichen Unterstützung von 71 Parlamentsabgeordneten, politischen Parteien und Verbänden in Jordanien)
16. High National Committee for the Defense of the Right of Return, Ramallah
17. International Right of Return Congress (RORC)
18. Jermana Youth Forum for the Defense of the Right of Return, Syrien
19. Laji Center, Aida Flüchtlingslager, Bethlehem
20. Local Committee for Rehabilitation, Qalandia Flüchtlingslager, Jerusalem
21. Local Committee for Rehabilitation of the Disabled, Deheishe Flüchtlingslager, Bethlehem
22. Palestinian National Committee for the Defense of the Right of Return, Syrien
23. Palestinian Return Association, Syrien
24. Palestinian Return Forum, Syrien
25. Palestine Right-of-Return Coalition (Palästina, arabische Länder, Europa, Nordamerika)
26. Palestine Right-of-Return Confederation-Europe (Österreich, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Italien, Niederlande, Norwegen, Polen, Schweden)
27. Palestinian Youth Forum for the Right of Return, Syrien
28. PLO Popular Committees – Flüchtlingslager in der Westbank
29. PLO Popular Committees – Flüchtlingslager im Gazastreifen
30. Popular Committee – al-'Azza (Beit Jibreen) Refugee Camp, Bethlehem
31. Popular Committee – Deheishe Flüchtlingslager, Bethlehem
32. Shaml - Palestinian Diaspora and Refugee Center, Ramallah
33. Union of Women's Activity Centers - Flüchtlingslager in der Westbank
34. Union of Youth Activity Centers - Palästinensische Flüchtlingslager, Westbank und Gaza
35. Women's Activity Center – Deheishe Flüchtlingslager, Bethlehem
36. Yafa Cultural Center, Balata Flüchtlingslager, Nablus

Formatted: English (United Kingdom)

Formatted: English (United Kingdom)

Formatted: English (United Kingdom)

Organisationen

1. Abna' al-Balad Society, Nablus
2. Addameer Center for Human Rights, Gaza
3. Addameer Prisoners' Support and Human Rights Association, Ramallah
4. Alanqa' Cultural Association, Hebron
5. Al-Awda Palestinian Folklore Society, Hebron
6. Al-Doha Children's Cultural Center, Bethlehem
7. Al-Huda Islamic Center, Bethlehem
8. Al-Jeel al-Jadid Society, Haifa
9. Al-Karamah Cultural Society, Um al-Fahm
10. Al-Maghazi Cultural Center, Gaza
11. Al-Marsad Al-Arabi, besetzte syrische Golanhöhen
12. Al-Mezan Center for Human Rights, Gaza
13. Al-Nahda Cultural Forum, Hebron
14. Al-Taghrid Society for Culture and Arts, Gaza
15. Alternative Tourism Group, Beit Sahour (ATG)
16. Al-Wafa' Charitable Society, Gaza

Formatted: English (United Kingdom)

17. Applied Research Institute Jerusalem (ARIJ)
18. Arab Association for Human Rights, Nazareth (HRA)
19. Arab Center for Agricultural Development (ACAD)
20. Arab Center for Agricultural Development-Gaza
21. Arab Education Institute (AEI) – Pax Christi Bethlehem
22. Arab Orthodox Charitable Society, Beit Sahour
23. Arab Orthodox Charity, Beit Jala
24. Arab Orthodox Club, Beit Jala
25. Arab Orthodox Club, Beit Sahour
26. Arab Students' Collective, Universität Toronto
27. Arab Thought Forum, Jerusalem (AFT)
28. Association for Cultural Exchange Hebron, Frankreich
29. Association Najdeh, Libanon
30. Authority for Environmental Quality, Jenin
31. Bader Society for Development and Reconstruction, Gaza
32. Canadian Palestine Foundation of Quebec, Montreal
33. Center for the Defense of Freedoms, Ramallah
34. Center for Science and Culture, Gaza
35. Chamber of Commerce and Industry, Ramallah- Al-Bireh District
36. Child Development and Entertainment Center, Tulkarem
37. Committee for Popular Participation, Tulkarem
38. Defense for Children International – Palestine Section, Ramallah (DCI/PS)
39. El-Funoun Palestinian Popular Dance Troupe
40. Ensan Center for Democracy and Human Rights, Bethlehem
41. Environmental Education Center, Bethlehem
42. FARAH – Palestinian Center for Children, Syrien
43. Ghassan Kanafani Society for Development, Gaza
44. Ghassan Kanafani Forum, Syrien
45. Gaza Community Mental Health Program, Gaza (GCMHP)
46. Golan for Development, besetzte syrische Golanhöhen
47. Halhoul Cultural Forum, Hebron
48. Himayeh Society for Human Rights, Um al-Fahm
49. Holy Land Trust, Bethlehem
50. Home of Saint Nicholas for Old Ages, Beit Jala
51. Human Rights Protection Center, Libanon
52. In'ash al-Usrah Society, Ramallah
53. International Center of Bethlehem (Dar An-Nadweh)
54. Islah Charitable Society, Bethlehem
55. Jafra Youth Center, Syrien
56. Jander Center, al-Azza (Beit Jibreen) Refugee Camp, Bethlehem
57. Jerusalem Center for Women, Jerusalem (JCW)
58. Jerusalem Legal Aid and Human Rights Center (JLAC)
59. Khalil Al Sakakini Cultural Center, Ramallah
60. Land Research Center, Jerusalem (LRC)
61. Liberated Prisoners' Society, Palästina
62. Local Committee for Social Development, Nablus
63. Local Committee for the Rehabilitation of the Disabled, Nablus
64. MA'AN TV Network, Bethlehem
65. Medical Aid for Palestine, Kanada
66. MIFTAH-Palestinian Initiative for the Promotion of Global Dialogue and Democracy, Ramallah

Formatted: French (Switzerland)

Formatted: English (United Kingdom)

67. Muwatin – The Palestinian Institute for the Study of Democracy
68. National Forum of Martyr's Families, Palestine
69. Near East Council of Churches Committee for Refugee Work – Gaza Area
70. Network of Christian Organizations – Bethlehem (NCOB)
71. Palestinian Council for Justice and Peace, Jerusalem
72. Palestinian Counseling Center, Jerusalem (PCC)
73. Palestinian Democratic Youth Union, Libanon
74. Palestinian Farmers' Society, Gaza
75. Palestinian Hydrology Group for Water and Environment Resources Development – Gaza
76. Palestinian Prisoners' Society, Westbank
77. Palestinian Society for Consumer Protection, Gaza
78. Palestinian University Students' Forum for Peace and Democracy, Hebron
79. Palestinian Women's Struggle Committees
80. Palestinian Working Women Society for Development (PWWSD)
81. Popular Art Centre, Al-Bireh
82. Prisoner's Friends Association, Ansar Al-Sajeen, Majd al-Krum
83. Public Aid Association, Gaza
84. Ramallah Center for Human Rights Studies
85. Saint Afram Association, Bethlehem
86. Saint Vincent De Paule, Beit Jala
87. Senior Citizen Society, Beit Jala
88. Social Development Center, Nablus
89. Society for Self-Development, Hebron
90. Society for Social Work, Tulkarem
91. Society for Voluntary Work and Culture, Um al-Fahm
92. Society of Friends of Prisoners and Detainees, Um al-Fahm
93. Sumoud-Political Prisoners Solidarity Group, Toronto
94. Tamer Institute for Community Education, Ramallah
95. TCC – Teacher's Creativity Center, Ramallah
96. Wi'am Center, Bethlehem
97. Women's Affairs Technical Committee, Ramallah and Gaza (WATC)
98. Women's Studies Center, Jerusalem (WSC)
99. Women's Center for Legal Aid and Counseling, Jerusalem (WCLAC)
100. Yafa for Education and Culture, Nablus
101. Yazour Charitable Society, Nablus
102. YMCA-East Jerusalem
103. Youth Cooperation Forum, Hebron
104. YWCA-Palestine
105. Zakat Committee-al-Khader, Bethlehem
106. Zakat Committee-Deheishe Camp, Bethlehem

Formatted: French (Switzerland)

Formatted: English (United Kingdom)

Anhang 3
Statement des Nationalen Palästinensischen Ausschusses der BDS-Kampagne (BNC)
7. März 2017

Formatted: English (United Kingdom)

“Racism and Racial Discrimination are the Antithesis of Freedom, Justice & Equality”
Statement of the Palestinian BDS National Committee (BNC) reiterating the BDS
Movement’s Position against All Forms of Racism and Racial Discrimination

The global Boycott, Divestment and Sanctions (BDS) movement for freedom, justice and equality of the Palestinian people is an inclusive, nonviolent human rights movement that rejects all forms of racism and racial discrimination. The movement is led by the Palestinian BDS National Committee (BNC), the largest coalition of Palestinian political parties, labor and professional unions, networks of refugees, popular committees and organizations.

The 2005 Palestinian civil society Call for BDS, which calls for ending Israel’s flagrant violations of international law and for safeguarding the human rights of the Palestinian people, is anchored in the principles set forth in the Universal Declaration of Human Rights. As the Declaration stipulates, “All human beings are born free and equal in dignity and rights” and everyone is entitled to all fundamental rights and freedoms “without distinction of any kind, such as race, colour, sex, language, religion, political or other opinion, national or social origin, property, birth or other status.”

Based on this principled commitment of the BDS movement to the equal rights of every human being, irrespective of identity, we stand firmly against political ideologies, laws, policies and practices that promote racism. We reject Zionism, as it constitutes the racist and discriminatory ideological pillar of Israel’s regime of occupation, settler colonialism and apartheid that has deprived the Palestinian people of its fundamental human rights since 1948.

Adhering to the UN definition of racial discrimination, the BDS movement does not tolerate any act or discourse which adopts or promotes, among others, anti-Black racism, anti-Arab racism, Islamophobia, anti-Semitism, sexism, xenophobia, or homophobia.

We strongly condemn apartheid, genocide, slavery, colonial exploitation and ethnic cleansing, which are crimes against humanity that are founded on racism and racial supremacy, and we call for the right of their victims, including descendants, to full reparation. We equally condemn and stand in solidarity with the victims of other human rights violations including human trafficking, workers’ exploitation, and sexual exploitation.

Guided by the inclusive agenda of the World Conference against Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and Related Intolerance, held in 2001 in Durban, South Africa, the principles of the BDS movement include the values of cultural diversity, solidarity and mutual support among victims of racism and racial discrimination.

Based on these values, we stand in solidarity with people of African descent, indigenous peoples, landless people, refugees and migrants, people exploited and oppressed for the economic advancement of a few, and those discriminated against and persecuted for their beliefs or identity, including caste. We stand with their respective struggles for racial, economic, gender, environmental and social justice.

We extend our support to all marginalized communities, inter alia Arab, Black, indigenous, Muslim, Jewish, Asian, Latino, Roma and Dalit, who are targets of xenophobic and far-right racist movements that have risen or are rising to power, particularly in the US, Europe, South America, India and elsewhere.

We also stand in solidarity with the struggles of all minorities in the Arab world against racism and racial discrimination and for full equality and justice.

1
4

The principles of the BDS movement call for proactive solidarity with oppressed communities worldwide and with all the victims of racist acts and rhetoric, as ours is a common cause. We support their resistance, in harmony with international law, against bigotry, racist ideologies and practices.

Racism and racial discrimination are the antithesis of freedom, justice and equality.

Formatted: English (United Kingdom)